

Der Gewerkeverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.
(Eigentum des Verbandes.)

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf. Familienang. 15 Pf. Vereinsangelegenheiten gratis. Redaktion 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion N. O., Stralimdammstr. 22/23. Fernsprecher: Umf VII, Nr. 4720.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom **Centralrathe der Deutschen Gewerkevereine** (Hilfs-Vorstand).

Bei Abonnement von mindestens 3 Gewerkevereinen unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche Franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Stralimdammstr. 22/23, einzuwenden sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei abgelaufenem Abonnement leisten der Gewerkeverein 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Umf VII, Nr. 4720.

Nr. 8. Berlin, 23. Februar 1906. Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

An die Verbandsgenossen und -Genossinnen in ganz Deutschland. — Regelung der Heimarbeit in New York. — Die Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gewerkschaft. — Die preussische Fabrikenspektion. — Wochenlohn. — Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Angelegen-Zeit.

An die Verbandsgenossen und -Genossinnen in ganz Deutschland.

Das „Korrespondenzblatt“ erwirbt sich wachsende Beliebtheit. Jede Post bringt neue Abonnementsanmeldungen. Das ist in hohem Maße erfreulich und berechtigt uns zu der Hoffnung, daß die Zahl der Abonnenten recht bald diejenige Höhe erreicht haben wird, die zur Deckung der Unkosten notwendig ist. Um allen Verbandsgenossen Gelegenheit zu geben, das „Korrespondenzblatt“ wenigstens kennen zu lernen, eröffnen wir für den Monat März ein Monatsabonnement zum Preise von 50 Pfg. Jede Postanstalt nimmt Bestellungen entgegen.

Für das 2. Quartal April-Mai-Juni soll der Preis von 1,50 Mk. auf 1,25 Mk. herabgesetzt werden. Die Abonnenten lassen dann das Blatt wöchentlich dreimal am Posthalter abholen. Wer aber sein Exemplar durch den Briefträger ins Haus gebracht haben will, zahlt hierfür eine besondere Gebühr von 24 Pfg. im Quartal. Das Geld ist bei der Bestellung gleich zu entrichten. Wir fordern die Mitglieder aller Gewerkevereine auf, recht wirksam für die Ausbreitung des „Korrespondenzblattes“ zu arbeiten, weil es nur auf diese Weise möglich ist, alle Glieder der Organisation rasch über die Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung zu informieren.

Berlin, 19. Februar 1906.
Das Bureau des Centralrats.
Hartmann, Bahle, Winter, Gersel, Goldschmidt, Klein, Rabon, Reufedt.

Regelung der Heimarbeit in New York.

Das bei weitem wichtigste Stück Arbeit, das die gesetzgebenden Körperschaften des Staates New York 1904 leisteten, war, wie der amtliche New-Yorker Fabrikenspektorenbericht mitteilt, die radikale Aenderung des Kontrollsystems der Fabrikenspektion über die Werkstätten der Heimarbeit.

Die gesetzliche Regelung der Heimarbeit wurde vor 20 Jahren infolge der Massenemigrationen aus dem östlichen und mittleren Europa notwendig. Das 1884 erlassene Gesetz, das kurzerhand die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie verbot, wurde richtigerweise — eine amerikanische Spezialität — als verfassungswidrig bezeichnet. Zwei Jahre später erging das Fabrikenspektorengesetz, durch das alle Werkstätten der Hausindustrie, die nicht gleichzeitig als Wohnräume benutzt sind, der Fabrikenspektion unterstellt werden. 1892 versuchte ein Gesetzentwurf zwischen Werkstätten und Familienräumen in bezug auf Heimarbeitshäuser zu unterscheiden. In letzteren sollten nur Familienmitglieder, in ersteren auch familienfremde Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Die Werkstätten sollten dann ohne weiteres der Fabrikenspektion unterstellt sein. Der Gesetzentwurf wurde zwar angenommen, aber 1899 hinfällig, als das System der behördlichen Betriebs-Genehmigung für häusliche Arbeitsräume Annahme fand.

Dieses Gesetz in Verbindung mit der Bauordnung für Hausindustrie-Häuser von 1901 bewirkte eine erhebliche Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse in der Heimarbeit. Der Aufschwung der Industrie und der Arbeiterorganisationen strebten erfolgreich nach denselben Zielen und ließen die großen Werkstätten auf Kosten der kleinen anwachsen. Diese Revolution spielte sich vorzugsweise in der Herrenkonfektion ab. Von der Entwicklung blieb allein ausgeschlossen das Aufbügeln der in der Hauptstadt fertigestellten Kleidungsstücke: eine von Frauen zu Hause geschaffte Arbeit. Heimarbeit von großem Umfange ist auch heute noch die Herstellung von Unterleibern, künstlichen Federn und Blumen u. a. m.

Wie das Statistische Bureau in seinem Jahresbericht von 1902 hervorhebt, sind besonders der Schmutz, der Raummangel und das Fehlen jeder Lüftung in der New-Yorker Heimarbeit eine schwere Bedrohung der Gesundheit der Arbeiter und der Käufer der in der Heimarbeit produzierten Waren.

Nachdem das Gesetz von 1899 fünf Jahre in Wirksamkeit gewesen war, gelangten die Fabrikenspektoren zu der Ueberzeugung, daß die Ueberwachung der vielen Heimarbeiternahrungen dadurch vereinfacht werden könnte, daß man die Verantwortlichkeit für den gesunden Zustand der Wohnräume statt den Heimarbeitern selbst, den Hauswirten und Arbeitgebern auflegte. In diesem Sinne wurde das Gesetz von 1899 (1901) im Jahre 1904 fundamental umgestaltet. Gegenwärtig haftet der Eigentümer des Hauses für die Erfüllung aller gesundheitlichen Vorschriften in seinem Hause. Das New-Yorker Gewerbeamt, das sich bisher mit der Konzeptionierung und Beaufsichtigung von 25 000 Heimarbeiternahrungen, die oft gewechselt wurden, zu befassen hatte, hat jetzt in seinen Listen nur 3000 Häuser zu führen. Wenn ein Hauseigentümer nicht ein vom städtischen Gesundheitsamt ausgestelltes Gesundheitszeugnis seines Hauses aufweisen kann, verweigert das Arbeitsamt in jenem Hause die Zulassung von Heimarbeit. Das Gesetz geht noch weiter. Es verbietet die Herstellung gewisser Waren in Räumen, in denen ein anstehender Krankheitsfall vorgekommen ist. Bevor nicht das Gesundheitsamt bescheinigt, daß die Krankheit erloschen und die Wohnung desinfiziert ist, läßt das Arbeitsamt keine Wiederaufnahme der Arbeit zu.

Das Arbeitsamt hat jedes Heimarbeitshaus jedes Jahr zweimal zu besichtigen. Findet es ungesunde Wohnungsverhältnisse, so gibt es dem Hauseigentümer auf, Abhilfe zu schaffen. Kommt der Hauseigentümer innerhalb 10 Tagen der Anordnung nicht nach, so verliert das Haus die Heimarbeitserlaubnis, ohne die in keinem Teile des Hauses irgend welcher Zweig der Hausindustrie betrieben werden darf. Wenn ungesunde Zustände in einzelnen Räumen angetroffen werden, hat das Arbeitsamt die Wohnungsinhaber zur sofortigen Reinigung anzuhalten. Andernfalls ist der Gewerbeaufsichtsbeamte ermächtigt, an der Eingangstüre einen Zettel anzubringen, worauf das Verbot der Herstellung bestimmter Waren ausgesprochen wird. Niemand, außer einem Vertreter des Arbeitsamtes darf einen solchen Zettel entfernen.

Indem das Gesetz so strenge Strafen gegen die Mieter für gewohnheitsmäßige Unsauberkeit aussetzt, enthebt es den Hauseigentümer nicht seiner Verantwortlichkeit, sobald dieser einen ungesetlichen Gebrauch der Räumlichkeiten seines Hauses zuläßt. Innerhalb 10 Tagen (früher 30) nach Benachrichtigung vom Arbeitsamt, daß ein Raum in seinem Hause ungesetlich zur Hausindustrie benutzt wird, hat der Hauseigentümer für Abhilfe

zu sorgen oder innerhalb 15 Tagen die Entfernung des Mieters einzuleiten. Die Industriellen und Großfirmen, die als Arbeitgeber von Heimarbeiter in Betracht kommen, haben ein Register ihrer Heimarbeiter zu führen und dem Arbeitsamt einzureichen. Bevor sie irgendwelche Arbeit in den gewerblich genannten Artikeln ausgeben, haben sie sich beim Arbeitsamt zu vergewissern, ob das Haus, in dem die Heimarbeiter wohnen, auch die behördliche Betriebsgenehmigung besitzt. In entsprechender Weise müssen sie sich beim Gesundheitsamt informieren, ob eine ansteckende Krankheit in dem Hause herrscht. Das Gesetz verbietet die Befolgung von Arbeit nach verletzten Häusern oder nach Häusern ohne Betriebsurlaub. Das Gesundheitsamt muß innerhalb 48 Stunden jedes Haus besichtigen, wo der Gewerbeaufsichtsbeamte einen Fall von ansteckender Krankheit entdeckt. Das Gesundheitsamt ist ermächtigt, die infizierten Waren eines Raumes zu vernichten. Das Heimarbeitergesetz von 1904 zählt einzeln die Artikel auf, auf deren Herstellung sich der Schutz des Gesetzes erstreckt. Bisher waren es 27 Artikel. Jetzt sind noch hinzugekommen: Schürzen, Pantoffel, Taschentücher, Papierdüten und Kästchen.

Das New-Yorker Heimarbeitergesetz ist in erster Linie ein Wohnungsgesetz, das ebenso die aus ungesunden Wohnungsverhältnissen entstehende Gesundheitsgefährdung der Heimarbeiter wie der Käufer von Heimarbeiterartikeln schützen will.

Die Einordnung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft.

Was wir unserem Artikel als Uberschrift voranstellen, war Gegenstand der Tagesordnung auf der am 10. Dezember in Bonn abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes Arbeiterwohl. Die Referate wurden gehalten von Universitätslehrer Dr. Adolf Weber-Bonn und dem Schriftsteller Dr. August Pieper-M. Gladbach. Beide Referenten legten ihren Vorträgen umfangreiche Leitsätze zu Grunde. An diese Leitsätze wollen wir uns bei Besprechung der Referate halten. Dr. Adolf Weber-Bonn hob zunächst die Gefahr hervor, daß Reaktionen und Revolutionäre sich in die Hände arbeiten zur Vernichtung des sozialen Fortschritts verschiedener Menschenalter. Dem gegenüber sei ein entschiedenes Eintreten für die Notwendigkeit der Arbeiterbewegung erforderlich. Wie schon Graf v. Saldern am 5. Dezember darauf hingewiesen, habe sich der sozialpolitische Eifer und die Begeisterung bis tief in die Kreise der Linken stark abgeflacht. Die Tatsache sei leider richtig. Die Arbeiterbewegung habe zum Teil einen Charakter angenommen, der einen starken Pessimismus gegenüber den sozialen Aufgaben produzierte.

Dr. Weber will dieser Mutlosigkeit entgegenwirken durch die Anerkennung, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter sowohl nach der materiellen wie auch nach der idealen Seite hin in der bestehenden Gesellschaftsordnung befriedigt werden können. Die Stützen der sozialdemokratischen Missionen sind infolge der tatsächlichen Entwicklung in sich zusammen gesunken. Die Durchführung des Gleichheitsprinzips ist unmöglich, weil sich innerhalb der Arbeiterschaft selbst rasch zunehmende durch Bildungs- und Erwerbsunterschiede bedingte Gegensätze bemerkbar machen, die nur ein diktatorisches Regiment innerhalb der Sozialdemokratie in Schranken halten könne.

Wie Konrad Schmidt im „Vorwärts“ (Februar 1898) hervorhebt, hat der Kapitalismus eine unvorhergesehene Anpassungsfähigkeit an die verschiedenen Verhältnisse bewiesen. In einer Broschüre „Wohin steuert die ökonomische und staatliche Entwicklung?“ hat Paul Kampmeier, ein Sozialdemokrat, hervorzuheben können, daß die Tatsachen eine fröhliche, herzerquickende Aussicht auf ein Aufsteigen der gesamten Arbeiterklasse zu eröffnen scheine. Selbst der „Vorwärts“ vom 30. November 1905 erkennt an, daß „der Durchschnittsverdienst besserer Arbeiter den der Beamten erreicht hat und ihn vielfach übersteigt, und daß die Dienstverhältnisse der Arbeiter in vieler Beziehung besser sind, als die der Beamten“. In seinen Voraussetzungen des Sozialismus hatte schon Bernstein darauf hingewiesen, daß das Proletariat „ein Gemisch von außerordentlich verschiedenen Elementen“ ist, von Schichten, die sich untereinander noch mehr unterscheiden, wie das französische Volk vor der großen Revolution von 1789, die zwar, so lange die Eigentumsverhältnisse bestehen, mehr gemeinsame oder wenigstens gleichartige als gegensätzliche Interessen haben, aber, sobald die jetzt Bestehenden und Herrschenden abgestoßen oder ihrer Position beraubt sind, sehr bald sich der Verschiedenartigkeit ihrer Bedürfnisse und Interessen bewußt werden würden“. Da zeigt sich immer klarer, fährt Dr. Weber fort, daß der Marxismus einer Gesellschaftsorganisation zustrebt, in welcher kein Mensch tun kann, was er möchte, sondern, wo jeder tun muß, was ihm gegeben wird.

Trotzdem findet behauerlicherweise der Marxismus in Deutschland immer mehr Anhänger. Das erklärt sich hauptsächlich aus den fatalisierenden Einflüssen, den die Lehren Karl Marx als quasi-religiöse Weltanschauung auszubilden vermögen, deren Dogmen der Lebenslage der industriellen Arbeiter angepaßt zu sein scheinen. Dr. Weber glaubt, daß der Zustrom zu dieser „neuen Religion“

durch eine auch von den Gegnern der Sozialdemokratie häufig zu einseitig geübte Kritik an den bestehenden Verhältnissen gefördert werde, wodurch die Unzufriedenheit — im Sinne der Sozialdemokratie im Gegenwartsstaate die Haupttendenz — ungerechtfertigte Nahrung erhalte. Das Ziel der Arbeiterbewegung — größere Anteilnahme an den Kulturgütern — könne nur verwirklicht werden, wenn eine arbeitsfreundliche Arbeiterschaft in Harmonie mit einem arbeitsfreundlichen Unternehmertum die heimischen Produktionskräfte nach Möglichkeit entfalte; das Einkommen der Arbeiter könne dauernd nur gesteigert werden, wenn die Ergiebigkeit der nationalen Produktion zunehme.

Dies erkennt auch der Sozialdemokrat Max Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften“ (September 1900) an, indem er hervorhebt, daß die deutsche Arbeiterklasse bei allen ihren Kämpfen mit dem Kapital sich in vielen Stücken als der natürlichen Bundesgenosse einer weitblickenden, sich ausgreifenden Industriepolitik fühle. Von dieser hohen Auffassung weicht allerdings der „Vorwärts“ unter seiner neuen Redaktion erheblich ab, denn er sagte in Nr. 257 von 1905: „Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft, um davon zu leben. Die Hauptlaste ist für ihn der Lohn, die Arbeit ist ihm Nebenlaste. Erzieht er den Lohn ohne Arbeit, würde er nichts dagegen einzuwenden haben.“ Gegen diese niedrige Meinung von dem Charakter des deutschen Arbeiters haben wir gleich nach Erscheinen des Artikels in voller Uebereinstimmung mit den führenden gewerkschaftlichen Organen energisch Protest erhoben.

In den Arbeiterberufsvereinen sieht Dr. Weber die gegebene und notwendige Form für die wirtschaftlich-rechtliche Einordnung der Arbeiter in die bestehende Gesellschaft“. Darum forderte der Referent, daß den Arbeiterberufsvereinen rechtlich keine Hindernisse in den Weg gelegt würden. Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine sei dringend wünschenswert. In Deutschland hätten die Arbeiterberufsvereine in sozialer Hinsicht bisher das noch nicht geleistet, was sie leisten könnten, wenn sie nicht so vielfach zerplittert, älter und erfahrener wären und vor allem der sozialdemokratische Einfluß auf die gewerkschaftlichen Hauptgruppen nicht so fähig eingegriffen hätte. Es sei allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Arbeiterberufsvereine mit zunehmender Stärke einseitige Klasseninteressen und dadurch ihre eigene Existenz untergraben würden. Arbeitskammern, Schlichtungskommissionen, Arbeiterausschüsse, insbesondere aber Tarifgemeinschaften könnten ihre große soziale Mission nur dann voll erfüllen, wenn sie durch eine starke, parteipolitisch und konfessionell unabhängige, von einsichtsvollen Führern geleitete Arbeiterorganisation gestützt würden. Hierzu beruft sich Dr. Weber auf eine Aeußerung der „Kölnischen Volkszeitung“, die dahingehet, daß gegenüber den durch die radikalen sozialistischen Phrasen föhrlieh gemachten Massen, die Führer vielfach entweder nicht den Mut hätten, vor ausfichtslosen Streiks zu warnen, oder sie suchten selbst durch den Massen gefallende Redensarten sich bei diesen in Vertrauen zu setzen, um dadurch ihre eigene Position zu wahren.

Bernstein drückte dies schon 1904 in seinen „Sozialistischen Kontroversen“ noch etwas derber aus: „Es gibt auch ein rohes Klassenbewußtsein, das dem Klassengeist sehr nahe steht und insofern entsprechend reaktionär ist und auch gelegentlich so auftritt.“

Wenn der Arbeiterstand sich in die bestehende Gesellschaft als ein den übrigen Ständen gleichwertiges Glied einreicht, dann werde er begreifen, daß die entsprechend dem Wesen der Gesellschaft und der Natur des Menschen notwendige Verfassung des Sozialprinzips mit dem Individualprinzip nur möglich sei in einem von „christlich-sozialen Ideen“ getragenen Staate, in welchem auch der Arbeiter sich vergegenwärtigen müsse, daß er nicht nur soziale Rechte fordern darf, sondern auch große soziale Pflichten zu erfüllen habe. Die beste Schule für diese ideale Einordnung sei die auf erbliches Privateigentum gestützte Familie, in der das Bewußtsein gefördert werde, daß Religion und Vaterland keine inhaltslosen Phrasen seien. Dies sei auch das beste Mittel gegen kulturgefährliche Verrichtungen bei den Emanzipationsbestrebungen der Proletarier. (Schluß folgt.)

Die preussischen Fabrikeninspektionen.

Rede unseres Verbandsredakteurs Abg. Goldschmidt im Abgeordnetenhaus am 16. Februar 1906.

Goldschmidt, Abgeordneter (freis. F.-P.): Meine Herren, von der Fabrikeninspektion war schon gestern mehrfach die Rede. Auch der Herr Minister hat sich darüber bereits geäußert. Die hierfür in Betracht kommenden Fragen erscheinen mir aber so überaus wichtig, daß ich es nicht für ausreichend halte, wenn sie bei Gelegenheit der allgemeinen Etatsdebatten nur so nebenbei besprochen werden. Es geht mir um ein besonderes Kapitel.

Nach den Grundsätzen der Dienstanweisung für die preussischen Aufsichtsbeamten vom 24. Mai 1879 sollen die Fabrikeninspektoren nicht vorwiegend polizeiliche, sondern mehr vermittelnde Organe sein. Es hat auch der Herr Handelsminister gestern die Sache aufgefaßt. Ich bin erstreut, konstatieren zu dürfen, daß die Aufsichtsbeamten erfolgreich demüht waren, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Das Vertrauen zu den Fabrikeninspektoren ist bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitern in stetem Wachsen begriffen. Das schließt natürlich nicht aus, daß, vielleicht infolge einzelner Mißgriffe — es auch noch Arbeitgeber gibt, die den Fabrikeninspektoren kein Vertrauen entgegenbringen mögen. Es heißt es aber auch bei den Arbeitern. Auch hier mag der eine oder andere Vorgang geeignet gewesen sein, ihr Vertrauen zu erwecken. Diese Annahmen können aber nur die Regel bestätigen.

Für besonders lobenswert halte ich es, daß die Aufsichtsbeamten in Vereinsversammlungen der Arbeiter wie der Arbeitgeber aufklärende Vorträge halten über Gebiete ihrer Tätigkeit, aus der sozialen Gesetzgebung und über Wert, Umfang und Bedeutung der Arbeiterversicherung, weil das die Bildung der Zuhörer wie der Redner fördert, das gegenseitige Vertrauen stärkt und dem formalistischen Bürokratismus, von dem der Herr Minister gestern sprach, wirksam entgegenwirkt. Meine Herren, Aufsichtsbeamte, die sich von dieser dankbaren Tätigkeit bisher noch fern gehalten haben, werden, so hoffe ich, alsbald den gleichen Weg einschlagen und auf diesem so wichtigen Gebiete dann ebenso erfolgreich an dem sozialen Frieden mitarbeiten.

Meine Herren, die seit Jahren und wiederholt beklagte zu geringe Anzahl der Aufsichtsbeamten soll lange Zeit darin ihren Grund gehabt haben, daß es an Stellen für diese Stellen fehlte. Dieser Umstand soll nun beseitigt sein, obgleich er noch vor kurzem am Reichstage vom Regierungssitz beklagt wurde. Aber gestern haben wir, daß inzwischen Bewerber auf Stellen der Fabrikinspektoren in genügender Zahl sich meldeten, und daß auch für die neuen — bestehender Weise nur 6 — Stellen bereits Bewerber genug vorgezeichnet hätten.

Meine Herren, es entspricht der Bedeutung des Amtes, daß die Ansprüche an den Bildungsgang sehr hoch gestellt werden. Aus der Vorbildung- und Prüfungsordnung für die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten vom 7. September 1897 hat der Herr Minister gestern einen kurzen Auszug über die Vorschriften, betreffend den Einbringung der Aspiranten für die Fabrikinspektion, gegeben. Der Bewerber für diesen Posten muß mindestens ein dreijähriges technisches Studium und mindestens anderthalbjähriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften auf deutschen Hochschulen zurückgelegt haben, muß dann eine Prüfung als Regierungsbauführer, Maschinenbauführer oder als Bergreferendar bestehen oder die Diplomprüfung als Gültigen- oder Maschineningenieur an den Bergakademie oder einer anderen preussischen technischen Hochschule oder die Diplomprüfung als Chemiker an einer preussischen Hochschule. Der zweiten Prüfung der Gewerbeaufsichtsbeamten muß ein anderthalbjähriger Vorbereitungsdiens bei den Gewerbeaufsichtsbehörden vorangehen. Mit Ausnahme der Regierungsbauführer und Bergreferendare müssen die anderen noch ein zweijähriges Praktikum als Betriebsleiter hinter sich haben.

Es wird also viel verlangt, und doch genügen, wie ich später noch näher ausführen werde, diese Ansprüche den praktischen Bedürfnissen nicht. Das praktische Leben kann man auf den Hochschulen jedenfalls nicht studieren; da muß eine lange Erfahrung noch viel ergänzen. Immerhin gegenüber den Ansprüchen ist die Bezahlung keine besonders hohe. Die 12 Assistentenstellen werden mit 3300 M. bezahlt, die 143 Gewerbeinspektoren mit 3600 M. bis 5700 M. und die 30 Stellen der Regierung- und Gewerbebeamten mit 4200 bis 7200 M. Einige wenige — wenn ich nicht irre: 13 — Herren haben Nebeneinkünfte in Höhe von 60 bis 1500 M. Davon haben natürlich die übrigen nichts, und sicherlich wäre es im ganzen besser, wenn nicht an sich eine nützliche Nebentätigkeit im Sinne der Fabrikinspektion — um solche handelt es sich ja in der Regel — dafür in Betracht kommt, wenn solche Nebentätigkeit überhaupt nicht gebildet würde, weil die Fabrikinspektoren für ihren Beruf schon stark genug in Anspruch genommen sind. Aber dann muß man die Herren auch angemessen bezahlen.

Meine Herren, die weiblichen Assistenten sind wohl noch nicht in etatsmäßige Stellen eingetrifft; wobei im Etat noch in den Erläuterungen finde ich darüber irgend eine Bemerkung, obwohl meines Wissens vier weibliche Assistenten vorhanden sind. Es wäre sehr wünschenswert, wenigstens in den Erläuterungen zum Etat zu sagen, daß außer den etatsmäßigen Stellen — im ganzen 185 — noch so und so viele weibliche Assistenten tätig waren. Meine Herren, wir werden ja nachher von dem Herrn Regierungsvorredner hören, wieviel weibliche Assistenten beschäftigt sind. Gegenüber den vielen Hunderttausend Arbeiterinnen in Preußen — genau ist die Ziffer 487 788, also fast eine halbe Million, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 58 000 —, also gegenüber dieser halben Million weiblicher Arbeiter — und ihre Zahl wächst ja rascher als die Bevölkerung — dürfte man den Wunsch für berechtigt halten, mehr weibliche Assistenten für die Fabrikinspektion heranzuziehen.

Meine Herren, die Frage, ob die Versuche mit den Assistentinnen sich bewährt haben, ist bisher noch nicht abgeschlossen beantwortet. Ich habe vorwiegend Gutes über die Bemühung gehört, allerdings auch mal weniger Gutes und gelegentlich auch einmal Tadelndes. Inwiefern möchte ich glauben, daß die Zahl von vier Assistentinnen für ganz Preußen, für ein so umfangreiches Tätigkeitsgebiet, von vornherein zu gering gewählt ist, um abschließende Probeversuche damit machen zu können. Man hätte diese Zahl gleich von Anfang an etwas höher stellen sollen. Nun, was bisher nicht war, kann ja noch nachträglich geschehen; die königliche Staatsregierung kann den Versuch auf einer breiteren Grundlage noch weiter fortführen — ich hoffe, mit gutem Erfolge.

Meine Herren, als Assistenten können sehr wohl auch intelligente praktische Arbeiter zur Mitwirkung an der Fabrikinspektion herangezogen werden. Was diesen an Hochschulbildung abgehen würde, wäre an praktischer Bildung in reichem Maße bei ihnen vorhanden. Ich könnte dem Herrn Minister eine Anzahl gebildeter Arbeiter aus allen Teilen des Landes nennen, die sich ganz vorzüglich zur Mitwirkung an der Aufsicht eignen würden. Es müssen natürlich Leute sein, denen es nicht an den nötigen Umgangsformen fehlt, auf die es für die Wirksamkeit der Aufsichtsbeamten im Verkehr mit den Unternehmern und den Arbeitern sehr viel ankommt. Ich kenne Arbeiter, die auch diesen Ansprüchen vollkom. genügen würden. Es gibt zahlreiche Arbeiter, die eine Treulosigkeit zu begehren glauben, wenn sie den Fabrikinspektor auf Schäden im Betriebe aufmerksam machen, ja, es gibt sogar Arbeiter, die dem Arbeitgeber bei der Einführung des Aufsichtsbeamten helfen. Meine Herren, das Auge eines intelligenten, erfahrenen Arbeiters als Gehilfen der Aufsichtsbeamten würde — da mancher schon, was dieser vielleicht selbst nicht sieht. Es wäre jedenfalls erwünscht, wenn der Herr Minister auch nach dieser Richtung hin einmal einen praktischen Versuch machen wollte.

Meine Herren, nach heutiger Auffassung muß der Aufsichtsbeamte, wie das auch aus den Prüfungsbedingungen hervorgeht, abgesehen von den

Nahrungsmittelchemikern, ein Techniker sein. Ich möchte den Techniker bei der Fabrikinspektion nicht missen; aber er kann doch nicht alles. Wie von unserer Seite früher schon hervorgehoben wurde, fehlt es uns an ärztlich vorgebildeten Aufsichtsbeamten und an Ingenieuren in der Fabrikinspektion. Ein von Dr. Max Hirsch für meine Fraktion vortretender Antrag ist hier im Hause auch seinerzeit behandelt worden und dann an eine Kommission gegangen. Aus dieser Kommission ist der Antrag leider nicht wieder herausgekommen, weil inzwischen der Schluß der Session eingetreten war. Die Sache ist aber wichtig genug, daß ich meinen Freunden und mir vorbehalte, diesen Antrag im Hause zu erneuern, und das wird dann auch erwünschte Gelegenheit geben, einmal im Zusammenhange und mit aller Gründlichkeit die Frage der Fabrikinspektion zu besprechen. Es wird dann auch allen Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, Stellung dazu zu nehmen, und ich glaube, diese wird durchweg günstig ausfallen, da ja das Verständnis für die Aufgaben der Fabrikinspektion bei allen Parteien dauernd im Wachsen begriffen ist.

Meine Herren, in England hat sich die ärztliche Mitwirkung vorzüglich bewährt; darüber besteht kein Zweifel mehr. Die Schweiz hat auch immer Ärzte unter ihren Aufsichtsbeamten gehabt. Bei den Ausschreibungen wird ausdrücklich hervorgehoben, daß Techniker oder Ärzte zu diesen Stellen als Bewerber zugelassen werden, und einer der angesehenen unter den Schweizer Fabrikinspektoren war ein Arzt, der leider verstorben Dr. Schuler. Dr. Schuler hat eine sachgemäße und, wie ich glaube, auch für die Herren von der Staatsregierung sehr wohl beachtenswerte Kritik über die Prüfungs- und Vorbildungsordnung für die preussischen Fabrikinspektoren geschrieben. Diese Kritik ist abgedruckt in dem Buch „Der Gewerbearzt“ von Professor Dr. Sommerfeld, einem hochverdienten Berliner Arzte und einer Autorität auf dem Gebiete der Berufskrankheiten. Professor Dr. Sommerfeld — das darf ich hier gleich hinzufügen — tritt in seinem Buche mit überzeugender Kraft für die Hinzuziehung von Ärzten und Ingenieuren zur Fabrikinspektion ein. Wir haben allerdings ja eine gewisse ärztliche Mitwirkung heute bei dieser Zafifikation: teils nach einem Besche, teils nach besonderer Verordnung sind die Medizinalbeamten, die Kreisärzte, in gewissem Sinne bei der Fabrikinspektion beteiligt; aber diese Bestimmungen werden bei weitem nicht energisch genug durchgeführt. Die Medizinalbeamten haben, da sie andere Aufgaben haben, auch gar nicht die nötige Zeit, um dieser so wichtigen Frage eine ausreichende Aufmerksamkeit widmen zu können. Es würde ja schon viel gewonnen sein, wenn diese Bestimmungen gründlich zur Durchführung kämen; aber anstreifen würde das auch noch nicht. Es wird notwendig sein, die Kräfte überhaupt zu sammeln und sie dann da zu verwenden, wo dies besonders erfolgreich geschehen kann. Weiter wird es auch notwendig sein, einen besonderen ärztlichen Deputierten in das Ministerium für Handel und Gewerbe zu berufen, damit eine gewisse Einheitslichkeit und Ordnung in die Durchführung der Vorschriften auf diesem Gebiete kommen kann.

Unser gesetzlicher Arbeiterschutz beruht auf der Auffassung, daß das Leben und die Gesundheit der Arbeiter als deren einziges Gut geschützt werden muß, damit Leben und Gesundheit der Arbeiter möglichst lange erhalten bleibt. Das ist nicht nur aus Menschenfreundlichkeit durch die Gesetzgebung bestimmt worden, sondern es liegen diese Vorschriften auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse. Wenn die Arbeitsfähigkeit eines Arbeiters auf lange Zeit erhalten wird, wenn er nicht frühzeitig dem Exitum verfallen, und wenn nicht frühzeitig infolge der Berufstätigkeit der Tod eintritt, dann ist für die deutsche Volkswirtschaft sehr viel gewonnen. Den großen Erfolg, den wir in der Industrie in den letzten Jahrzehnten, besonders aber im letzten Jahrzehnt zu verzeichnen haben, verdanken wir mit — und das ist auch von Männern großen Namens ausdrücklich anerkannt worden — unseren Arbeiterschutzbestimmungen, unserer sozialen Versicherungs-gesetzgebung. Es wäre aber noch viel mehr erreicht, wenn man auf diesem Gebiete noch eine strengere Aufsicht hätte durchführen können. Wenn die Arbeitgeber erst allgemein diese hohe soziale, volkswirtschaftliche und nationale Bedeutung der Fabrikinspektion erfassen, dann werden sie gewiß auch gern bereit sein, gelegentlich eine Unbequemlichkeit zu ertragen, die ihnen daraus erwächst. Die Dinge liegen ja so, daß — ich erwähne es schon — gelegentlich auch einmal Mißgriffe vorkommen können, die verbittern. Aber wenn Sie die Fabrikinspektionsberichte, namentlich die letzten, die vom Jahre 1904 vorliegen, durchsehen wollen, dann werden Sie finden, daß die Zahl der großen Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen doch eine ungewöhnlich große ist. Sie würden ferner darin finden, daß die Befragungen selbst für sehr erhebliche Vergehen ungewöhnlich milde ausfallen, und das nur in kaum 25 pCt. aller anhängig gemachten Fälle Befragungen überhaupt erfolgen. Es mag sich gewiß mancher Arbeitgeber, und vielleicht auch im gegebenen Falle mit Recht, über den Fabrikinspektor ärgern; andererseits ärgern sich auch die Fabrikinspektoren über solche Arbeitgeber, die den Aufgaben der Fabrikinspektion beharrlich Widerstand entgegensetzen. Aber das ist die Rinderheit; in der Mehrheit geht es vorwärts, in der Mehrheit erkennt man in dem Fabrikinspektor seinen Vertrauensmann, den man in vielen Fragen seiner eigenen Angelegenheiten in bezug auf den Betrieb befragen kann, der zu jeder Zeit zur Auskunftserteilung bereit ist und so sich auch nach dieser Richtung hin für den Betrieb nützlich erweist.

Aber, meine Herren, wenn ich nun mit einem Wort zurückkommen darf auf die Notwendigkeit der Heranziehung von Ärzten und Ingenieuren zur Fabrikinspektion, so möchte ich hierbei auch besonders darauf hinweisen, daß die deutsche Heimarbeitstellung, die hier schon mehrfach mit Achtung erwähnt worden ist, den Beweis mitgebracht hat, daß es notwendig sein wird, die Gewerbeaufsicht auch auszuweiten auf die Heimindustrie. Sehr wohl kann ich mir denken, daß das große Schwierigkeiten macht, sehr wohl weiß ich, daß bei dem Umfange der Heimindustrie eine gründliche, ausreichende Durchführung der Aufsicht überhaupt nicht möglich sein wird; aber es wäre doch sehr vieles erreicht, wenn man durch die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Heimindustrie, insbesondere unter Mithilfe von Ingenieuren — das ist in diesem Falle die Hauptsache —, einen Versuch auf diesem Gebiete machte. Es würde dadurch auch für alle ein gewisser Stimulus geschaffen werden, etwas mehr Ordnung und auch eine größere Sauberkeit in den Arbeitswohnungen, wie ich kurzgehand die Räume bezeichnen möchte, in welchen gearbeitet und gewohnt wird, zu veranlassen.

In den Fabriktrieben kommt es ja natürlich vielfach oder überwiegend auf die technischen Kenntnisse an, namentlich in bezug auf die Unfallver-

sammlung begrüßt, hat kürzlich den vortrefflichen Eigenschaften des deutschen Arbeiterhandes ein unumwundenes Zeugnis ausgestellt, das ich Wort für Wort unterschreibe. Ich werde bei Ihnen keinem Widerspruch begegnen, wenn ich anerkenne, welcher Schatz an gesunden Kräften, an Intelligenz und Fleiß im wertvollen Volke Tag für Tag lebendig ist. (Bravo!) Ich füge aber hinzu, und diese Ergänzung mache ich auch im Sinne des Grafen Posadowski, daß die in den Massen schlummernden Fähigkeiten sich nicht so fruchtbar entwickeln könnten ohne die Verdienste der deutschen Arbeitgeber. (Zustimmung.) Wenn aus unserem Einfluß im Welthandel die geistige Energie, der weite und freie Blick des deutschen Unternehmertums getrieben würden, müßten sich für Millionen von Arbeitern die Lebensbedingungen verschlechtern. (Sehr richtig!) Dann könnten wir auch nicht länger die wirtschaftliche und politische Stellung aufrecht erhalten, die wir jetzt in der Welt einnehmen.

Solche Aufmerksamkeit fand natürlich dankbare Aufnahme und Beifall. Erfreulich ist hieran, daß der Reichskanzler sich mit dem Grafen Posadowski solidarisch erklärte gegenüber den Treiberen der Reaktionen, die den arbeitervriendlichen Staatsstreik gern um die Ecke bringen möchten. Die Hauptaufgabe des deutschen Handelstages war die Stellungnahme zu den Reichssteuerordnungen. Er erklärte sich nach längerer Debatte für die Stärkung der Kriegsstotte, die Einführung der Erbschaftsteuer — jedoch ohne Begünstigung der Landwirtschaft —, für die Befestigung der Viehesabgaben an die Brauereibrenner und gegen die Biersteuer. Gegen die Biersteuer stimmten 175, dafür 181 Kammern und Vereinigungen. Ueber die Tabaksteuer wird heute verhandelt.

Auf Einladung der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsanstaltungen in Berlin hatten sich am Donnerstag, 15. Februar, vormittags 9 Uhr, in einem Sitzungssaal des Reichstages etwa 25 Arbeiterfachverbände versammelt, in der Mehrzahl Vertreter der bürgerlichen Arbeitervereine aus den Industrien, die mit Giftgefahren verbunden sind. Von unsern Verbandsgenossen waren anwesend: Bismarck-Berlin, Jürgang-Berlin, Ruhaus-Oberischne-Weide und Polla-Bernsdorf. Es galt, in Ausführung eines Beschlusses der vorjährigen Konferenz der Zentralstelle die Ergebnisse der auf ihr gepflogenen Verhandlungen, betreffend die Belehrung der Arbeiter über Giftgefahren in den gewerblichen Betrieben, mit Männern der praktischen Arbeit zu erörtern, um auch ihre Wünsche und Ansichten zu den sie ja in erster Linie betreffenden Fragen zu hören, da auf der hageren Konferenz — über welche wir eingehend in Nr. 26 und 27 des „Gewerkevereins“ berichteten — nur Vertreter der Wissenschaft, der Arbeitgeberchaft und der Gewerbeaufsicht sich über das, übrigens bis dahin nur gelegentlich gestreifte Thema in umfassender Weise ausgesprochen hatten. Eine Anzahl der Arbeitervertreter war von auswärtigen Unternehmungen, deren Leiter an den vorjährigen Beratungen teilgenommen hatten, eigens zu dem Zwecke nach Berlin gehend worden. Die Verhandlungen wurden geleitet von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsanstaltungen, Herrn Professor Dr. Hise; anwesend waren ferner Vertreter des Reichsmarineamts, Reichspostamts, der Königlich preussischen Feldzeugmeisterei, sowie als Repräsentanten der Arbeitgeber: Professor Lepsius-Griesheim (Chemische Fabrik Griesheim-Electron), der Wissenschaft: Universitätsprofessor Dr. Lewin-Berlin, der sozialpolitischen Presse: Professor Dr. Franke (Bureau für Sozialpolitik), letztere drei gleichzeitig als Referenten der erwähnten Konferenz. Den einleitenden Bericht gab Professor Dr. Franke, indem er in großen Zügen die Ergebnisse der hageren Konferenz darstellte. Bei der von allen Seiten angestrebten und als dringend notwendig erkannten Belämpfung der Giftgefahren in den gewerblichen Betrieben sei der Arbeiter der unentbehrliche Mitkämpfer. Er könne den Kampf aber erfolgreich nur dann führen, wenn er über seine Gefahren belehrt werde, und dazu gebe es verschiedene Mittel und Wege, einmal innerhalb der Betriebe und zweitens außerhalb derselben. Im Betriebe könne, so führte der Referent aus, die Belehrung der Arbeiter erfolgen durch den Arbeitgeber, bezw. Fabrikleiter, den Fabrikarzt, den Gewerbeaufsichtsbeamten, die Arbeiterausschüsse und endlich durch die Arbeiter selbst, von Mann zu Mann. Außerhalb der Betriebe kann die Belehrung der Arbeiter erfolgen einerseits durch Behörden, bezw. öffentliche Organe und andererseits in mehr privater Weise. Hier kommen in Betracht die Volksschule, die Fortbildungsschule und Fachschule, das Reichsgesundheitsamt, die Organe der Versicherungsgebarung, die Presse und die Arbeiterorganisationen. An den gut disponierten, von großer Sachkenntnis und warmem Interesse getragenen Referent schloß sich eine lebendige und eingehende Diskussion, die sich allerdings meist auf dem Gebiete der Schilderung der Berufsgefahren der einzelnen Giftbetriebe sowie ihrer Belämpfung bewegte und vom Vorsitzenden nur mit Mühe und durch wiederholte Unterbrechung immer wieder auf das Gebiet der Belehrung zurücklenken wurde. Nichtsdestoweniger hat die Aussprache, zumal die Arbeiter trotz ihrer verschiedenen Parteistellung Vertrauen in den guten Willen und die Sachlichkeit der Veranstalter bewiesen, auch für die Frage der Belehrung einige positive Ergebnisse gezeigt — namentlich, soweit begründete Kritik hierzu gerechnet wird. Den Schlußakt der für alle Teile anwesenden Verhandlungen bildete die Versicherung, daß durch eheliche, festes Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Organe und Personen am besten die

Aussklärung über die zahlreichen, unserem arbeitenden Volke drohenden Giftgefahren und damit ihre wirksame Belämpfung erreicht werden könnte.

Militär im ungarischen Parlament. Die Habsburgische Dynastie zeigt immer weitere Versalshymptome. Jetzt ist man in Ungarn glücklicherweise so weit, das Parlament mit Polizei- und Militärgewalt zum Auseinandergehen zu zwingen. Die eigentliche Ursache des Konflikts zwischen Parlament und Krone ist das leidenschaftliche Streben der Ungarn nach staatlicher Souveränität. Sie wollen erreichen, was den Normannen glückte. Politisch unabhängig wollen sie werden. Man kann sich denken, daß sich Kaiser Franz Josef allen dahin zielenden Plänen widersetzt, namentlich aber der Einführung der ungarischen Kommandosprache an Stelle der deutschen in das ungarische Heer.

Der gewaltsame Auflösungsakt des Parlamentes erfolgte am Montag, ohne daß die Abgeordneten Widerstand leisteten. Sie öffneten das geschlossene Tor den beiden höheren Offizieren, die vom königl. Kommissar Generalmajor Nyirz entsandt waren und räumten das Feld noch vor der Verlesung der Auflösungsdekretur.

Die Pesther Garnison ist durch nicht-magyarische Regimenter verstärkt worden.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegung in der Lausitzer Textilindustrie hat bereits einen kleinen Erfolg gezeitigt, ohne daß es bisher zu einer Arbeiteneberlegung gekommen ist. In einem in den Betrieben durch den Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie angebrachten Anschlag wird folgendes bekannt gegeben: Die Arbeitszeit dauert vom 1. April bis 30. September von morgens 6 bis abends 6, vom 1. Oktober bis 31. März von morgens 6¹/₂ bis abends 6¹/₂. An den Vorabenden der Sonn- und Feiertage endigt die Arbeitszeit nachmittags um 5¹/₂ Uhr. Mittagspause von 12 bis 1¹/₂ Uhr. In einzelnen Abteilungen findet für die Stundenarbeiter vor- und nachmittags eine ¹/₄stündige Pause statt. Berechnet wird die wirkliche Arbeitszeit. Die Löhne der Stundenarbeiter werden entsprechend der Verlängerung der Arbeitszeit erhöht. Die Fabrikanten erklären, mit diesen Bewilligungen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, welche die Industrie mit Rücksicht auf ihre Leistungen und Konkurrenzfähigkeit vertragen kann. Die neuen Arbeitsbedingungen treten am 1. Juli d. J. in Wirksamkeit. — In der Leipziger Baumwollspinnerei hat der Ausstand eine größere Ausdehnung erfahren. Da von 1500 Arbeitern nur 500 zur Arbeit zurückkehrten, beschloß die Verwaltung die Schließung des Betriebes.

Die Lohnbewegung der in der Stoffhandelsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Chemnitz und Umgegend spitzt sich immer weiter zu. Diejenigen Arbeitgeber, welche von der Bewegung nicht betroffen wurden, beginnen jetzt mit der Aussperrung. Dieser Gewaltstreik wurde in Lumbach vollführt, dem Hauptstich der sächsischen Stoffhandelsindustrie. — Unter den Arbeitern der Werften in Kiel und Wilhelmshaven ist seit längerer Zeit das Streben im Gange, die Arbeitszeit auf neun Stunden herabzusetzen, sowie eine Lohnhöhung durchzuführen. Da in den Staatsbetrieben jede Eingabe seinen bestimmten Instanzenweg passieren muß, währt die Erledigung solcher Petitionen ersichtlich lange. Jetzt haben unsere Gewerkevereiner in Kiel diese Bewegung von neuem aufgenommen und eine neue Eingabe an den Wohlfahrtsausschuß der Kaiserlichen Werft eingereicht. Wie verlautet, stehen der Einführung des neunstündigen Arbeitstages keine Schwierigkeiten im Wege. Ueber die gewünschten Lohnaufbesserungen verlautet noch keine bestimmten Nachrichten. Hoffentlich wird auch diesen Wünschen Rechnung getragen werden. — Der Streik in den Braunkohlenbetrieben der sächsischen Lausitz nimmt immer größeren Umfang an. Das königliche Bergamt in Freiberg soll um die Vermittlung zur Beilegung der Differenzen ersucht werden. Im Zwickau-Deilschauer Revier begünstigen sich die Bergarbeiter mit einer Teuerungszulage, während die Lausitzer Bergleute die Erhöhung des Schichtlohnes um 50 Pfg. verlangen.

Den weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten zollt die sächsische Regierung ein großes Lob. In der Erklärung, welche die Regierung zum Etat abgab, heißt es: „Nach § 3 der Verordnung, betreffend die Einführung einer Gewerbeaufsicht durch weibliche Aufsichtsbeamte vom 25. Juni 1904 liegt den genannten Aufsichtsbeamten, unbeschadet der Zuständigkeit der Polizeibehörden und Gewerbeinspektionen die Ueberwachung der Ausführung des Gesetzes betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben ob, sowie die Beaufsichtigung solcher Gewerbebetriebe, in denen weibliche Arbeiter beschäftigt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die weiblichen Aufsichtsbeamten ihren Obliegenheiten mit großem Fleiß und Geschick und namentlich auch mit dem unbedingt erforderlichen Takte gerecht geworden. Auch ist es ihnen vielfach gelungen, berechtigte Wünsche der Arbeiterinnen dem Arbeitgeber mit Erfolg zu übermitteln und entstandene Differenzen zu schlichten. Es ist auch nicht zu verkennen, daß die gewerblichen Kreise der Tätigkeit der weiblichen Aufsichtsbeamten mehr und mehr Verständnis entgegenbringen.“

Diese Anerkennung wird hoffentlich auch in den anderen Bundesstaaten nicht ausbleiben. Im preussischen Landtage trat unser Verbandsredakteur bei dem Gewerbetat von neuem für einen Aus-

berhaltung. Wir haben in der Ausstellung für Unfallberhaltung eine instruktive Darstellung desjenigen, was auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes durch Schutzmaßregeln geschehen kann. Hier kann natürlich auch noch sehr viel geleistet werden, weil die Zahl der Unfälle, auch der schweren, insbesondere auch der Unfälle mit dem Tode im Gefolge noch dauernd in Deutschland im Wachsen begriffen ist. Die Zahl der Unfälle hat überhaupt im Jahre 1904 im ganzen Deutschen Reiche um 50 000 zugenommen, und die Zahl der Unfälle mit dem Tode im Gefolge ist auf 8752 gestiegen. Im Vorjahre war die Zahl geringer — im Augenblick finde ich die Ziffer auf meinem Notizzettel nicht. Gegenüber so vielen schweren Unfällen muß natürlich der Techniker in der Fabrikeninspektion bleiben; aber zum Teil sind auch Krankheiten, Siedtum und früher Tod auf mangelnde hygienische Einrichtungen in den Fabriken und Gewerbebetrieben zurückzuführen, und hier würde doch der Arzt und Hygieniker eine erfolgreiche Tätigkeit entfalten können.

Meine Herren, die Fabrikeninspektion ist eine Institution von großer Bedeutung. Von ihren hohen Aufgaben wird derjenige sicherlich überzeugt werden, der sich mit ihr näher befaßt. Wer dann aber diese Überzeugung gewinnt, der wird auch gern mitwirken an dem weiteren Ausbau dieser Institution zum Segen des Vaterlandes. (Bravo)

Präsident v. Ardenne: Der Herr Minister hat das Wort.
Dr. Brück, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, ich möchte nur mit wenigen Worten auf das eingehen, was der Herr Vorredner über die Gewerbeaufsicht gesagt hat. Der Herr Vorredner ist der Ansicht, daß neben den jetzigen Gewerbeinspektoren noch ärztliche Gewerbeinspektoren in Tätigkeit treten müssen, und daß neben diesen Gewerbeinspektoren auch noch Arbeiter an der Ausübung der Gewerbeaufsicht beteiligt werden müßten. Nun, meine Herren, ich verkenne keinen Augenblick, wie notwendig und wie wichtig eine sorgfältige Gewerbeinspektion ist, nicht nur nach der Seite der Verhütung mechanischer Unfälle, sondern auch nach der Seite der hygienisch zweckmäßigen Einrichtung und Ausgestaltung der Betriebe. Aber ich möchte kein Fehl daraus, daß ich mir selbst ein Bild noch nicht machen kann, wie den Wünschen des Herrn Vorredners und seiner Freunde entsprechen werden sollte.

Meine Herren, ich habe den Eindruck, daß es bei uns in Preußen anfängt, ein Uebelstand zu werden, daß wir für jede neu auftauchende Frage einen neuen Beamten einsehen, (Sehr richtig!) Sehr gut! rechts) der ohne Fühlung mit den übrigen Verwaltungsbeamten anfängt, zu regieren, (sehr richtig!) und dadurch eine Unruhe und Verwirrung hervorruft, die mehr schadet, als die Mängel, die beseitigt werden sollen.

Meine Herren, was sollen Arbeitervertreter bei der Ausübung der Gewerbeaufsicht eigentlich tun? Sollen sie Polizeibeamte werden? Dann hören sie auf, Vertrauensleute der Arbeiter zu sein, und ich habe die Befürchtung, daß wir sehr bald gerade über diese aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Polizeibeamten die gleichen Beschwerden der Arbeiter hören würden, die wir im Vergleiche speziell über die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Betriebsbeamten hören. (Sehr richtig!) Sollen sie aber keine Polizeibeamten sein, sondern den Gewerbeaufsichtsbeamten nur beim Aufsuchen von Mängelständen behilflich sein, ja, meine Herren, dann werden sie alle Vertrauensleute der Arbeiter sein wollen und als solche zwar den Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Dinge aufmerksam machen, die infolge von Unterlassungen der Betriebsunternehmer den Betrieb und die Gesundheit der Arbeiter gefährden, sie werden sich aber wohl hüten, Unterlassungen und Dienstwidrigkeiten ihrer eigenen Genossen zur Kenntnis des Gewerbeaufsichtsbeamten zu bringen. (Sehr richtig!) Soll der Gewerbeaufsichtsbeamte sich aber lediglich einer unverantwortlichen Mitwirkung der Arbeiter bei der Gewerbeaufsicht überlassen, daß eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Gewerbeaufsicht überhaupt nicht im Wege des Zwanges, sondern des freien Zusammenwirkens zwischen den Beteiligten erfolgt; nur dann kann es nützen. (Abgeordneter Goldschmidt: Der Arbeiter muß aber auch unabhängig gestellt werden!) Der Herr Abgeordnete Goldschmidt ruft mir zu, der Arbeiter müßte unabhängig gestellt sein, sonst würde er entlassen. Dann scheidet er aber, wenn er unabhängig gestellt sein soll, aus dem Betrieb aus, dann wird er Beamter, (Sehr richtig! rechts) und die Frage spitzt sich praktisch dahin zu, ob wir Beamte der sozialdemokratischen Agitation oder ob Beamte des Staates haben wollen; ist er Beamter des Staates, dann ist er überflüssig, und ist er Beamter der sozialdemokratischen Agitation, dann ist er vom Uebel. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin absolut nicht abgeneigt, auf ein geeignetes Zusammenwirken der Gewerbeaufsichtsbeamten mit Ausübung der Gewerbeaufsicht hinzuwirken; aber ich halte es für völlig ausgeschlossen, Arbeiter zu Trägern der Polizeigewalt des Staates bei der Fabrikeninspektion zu machen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich komme nun zur Frage der Ärzte. Ja, meine Herren, sollen wir nun wirklich noch neben der gewöhnlichen Polizei, neben dem Gewerbeinspektor, neben dem Kreisarzt noch einen ärztlichen Beamten anstellen, der auf seine eigene Faust und unter seinen besonderen Gesichtspunkten eine Fabrikeninspektion eintreten läßt? Wir geraten dann in eine Verwirrung, aus der überhaupt kein Mensch mehr herauskommen kann. (Sehr richtig!) Ich erkenne ohne weiteres an, daß auf dem Gebiete, das der Herr Abgeordnete Goldschmidt eben erörtert hat, d. h. der hygienischen Ausgestaltung der gewerblichen Betriebe, mancherlei getan werden kann. Aber dadurch, daß man immer neue Beamte anstellt und neue Organe schafft, werden wir auch hier nicht zu einem zweckentsprechenden Ziele kommen. Ich bin gern bereit, die von mir bezeichnete Frage zu prüfen. Sie ist aber heute für mich nicht spruchreif.

Dann möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Wenn immer empfohlen wird auf andere Länder, so ist das ja in mancher Beziehung sehr lehrreich; aber man darf nicht vergessen, daß ein Vergleich zwischen Deutschland und England und zwischen Deutschland und der Schweiz nie ohne weiteres zu ziehen ist, wenn man sich nicht dabei klar macht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die behördlichen Organe dieser Länder völlig verschiedenen sind, (sehr richtig!), und daß man nicht die Einrichtungen und Erfahrungen des einen Landes ohne weiteres auf das andere übertragen kann. Ich muß doch betonen, daß wir in dem Institute des Kreisarztes tatsächlich einen Sachverständigen haben, d. h. verpflichtet ist, den Gewerbeaufsichtsbeamten zu unterstützen, und der in der Lage ist, die hygienischen Verhältnisse der Fabriken in angemessener Weise klarzustellen. Wir haben außerdem den Regierungs- und Medizinalrat, der jederzeit auf Ersuchen des Regie-

rungs- und Gewerberat in der Lage ist, sich mit diesem an der Fabrikeninspektion zu beteiligen. Ich sollte doch meinen, daß das ausreicht. Die ganze Spalene ist doch nicht ein Buch mit sieben Siegeln, es sind doch verhältnismäßig einfache Grundzüge und Gesichtspunkte, nach denen die Sache gehandhabt werden muß, die jeder tüchtigste Gewerbeaufsichtsbeamte begreifen kann und jeder Gewerbeaufsichtsbeamte, der seinen Dienst versteht, weiß. Deshalb ist es nicht notwendig, daß noch ein besonderer ärztlicher Gewerbeaufsichtsbeamter bestellt wird. Denn die jetzigen Gewerbeaufsichtsbeamten sind jeder Zeit in der Lage, die nötige hygienische Überwachung der Gewerbebetriebe selbst oder mit Hilfe unserer Medizinalbeamten zu bewerkstelligen.

Es ist dann darauf hingewiesen worden, daß den hygienischen Verhältnissen in der Heimarbeit nicht die hinreichende Aufmerksamkeit gewidmet sei. Nun, meine Herren, das unterliegt ja gar keinem Zweifel, daß einer der Krebsknoten in der Heimarbeit die ungenügenden hygienischen Verhältnisse sind. Aber, meine Herren, gerade hier ist es so überaus schwer, die Mängel zu beseitigen, weil man in den seltensten Fällen einen Unternehmer für sie verantwortlich machen kann. Vielmehr trägt die Hauptlast an den Mängeln die erbärmliche und belagerte wirtschaftliche Lage des einzelnen Heimarbeiters und seiner Angehörigen. Die Hygiene der Heimarbeit kann nach meiner Ansicht zweckentsprechend nur gefördert werden auf dem Gebiete einer verhältnismäßig guten Wohnungshygiene. (Sehr richtig!) Sobald wir in der Lage sind, auf dem Gebiete der Wohnungswesen vorwärts zu kommen, wird es uns auch gelingen, auf dem Gebiete der Heimarbeit hygienisch bessere Zustände zu erzielen, als sie heutzutage vorliegen. Dabei erkenne ich an, daß es vielleicht wünschenswert sein wird, auch nach dieser Richtung die Kontrolle der Heimarbeit zu verschärfen und zu verbessern.

Also, meine Herren, ich wiederhole: ich bin weit davon entfernt, die Notwendigkeit einer sorgfältigen Kontrolle unserer gewerblichen Betriebe nach der hygienischen Seite zu verkennen. Ich bin bereit, zu überlegen, wo und wie man etwa nach dieser Richtung hin besser kann. Ich halte es aber nicht für zweckmäßig, dieses Ziel in der Weise erreichen zu wollen, daß man eine neue Art von Gewerbeinspektoren einrichtet, und ebenso halte ich es nicht für zweckmäßig die Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbeaufsicht in der Weise herbeizuführen, daß Arbeiter dem Gewerbeinspektor als behördliche Organe zur Seite gestellt werden. (Bravo)

Es folgen in nächster Nummer noch die Reden der Abgeordneten v. Pappenheim, Dr. Fige, eine zweite Rede des Ministers und die Antwortrede unseres Kollegen Goldschmidt.

Wochenplan.

Berlin, 20. Februar 1906

Kostenpflichtig abgewiesen! Wie unseren Lesern bereits durch eine frühere Mitteilung bekannt geworden ist, hatte die Firma Werner & Berdach in Düsseldorf die drei Polgarbeiterorganisationen, Ortsverein der Tischler, Holzarbeiterverband und die Christlichen Tischler auf Schadenersatz verklagt, weil sie durch den Streikverstreit im Sommer vorigen Jahres einen größeren Verdienstausfall gehabt haben wollten. Die vorläufig eingeklagte Entschädigungssumme war auf 2800 Mk. normiert. Die Firma macht unter Hinweis auf das Bürgerliche Gesetzbuch geltend, daß durch die Arbeitsniederlegung, das Streikpostenstreiken usw. gegen die guten Sitten verstoßen sei. Die Beklagten entgegneten, daß der Streik nicht gegen die guten Sitten verstoße, denn nach § 152 sei er ein gesetzliches Recht. Außerdem habe es sich nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung gehandelt. Die Firma habe eine neue Arbeitsordnung durch Anschlag bekannt gegeben, die von den Arbeitern aber abgelehnt wurde. Daraufhin ist ihnen erklärt worden, daß sie dann nicht weiter zu arbeiten brauchten. Die Firma habe die Lösung des Arbeitsverhältnisses ausdrücklich anerkannt durch die Aushängung der Papiere. Die Ausstellung von Streikposten und die Unterstützung der Streikenden oder Aussperrten sei eine allgemein übliche Einrichtung. Die Zentralvorstände könnten nicht verantwortlich gemacht werden, weil jeder Ort eine selbständige Verwaltung bilde.

Das Gericht setzte die Urteilsvorbereitung auf den heutigen 20. Februar aus. Auf unsere telegraphische Anfrage im Arbeiterssekretariat in Düsseldorf wurde uns die erfreuliche Mitteilung, daß die Klage der oben genannten Firma gegen die Arbeiterorganisationen kostenpflichtig abgewiesen worden ist.

Wenn das Urteil vorliegt, kommen wir auf den interessanten Vorgang nochmals zurück.

Der Tag der Industriellen und Großkaufleute. Auf die Parade der Landwirte im Circus Busch ist jetzt der Tag der Industriellen und Großkaufleute: der deutsche Handelstag in Berlin gefolgt. Wenn nun auch im Vergleich zur Landwirtschaft: Handel und Industrie im Deutschen Reiche das Achtenbrödellos gezogen haben, so brauchen sie sich doch wenigstens nicht über die Unhöflichkeit der Regierung zu beklagen. Es geht ihnen so wie den Dienstmädchen, deren geringer Lohn, wie es in den Inferaten heißt, durch liebevolle Behandlung vollaus ausgeglichen werden soll. Den deutschen Handelstag begrüßte außer dem Grafen Fjodorowitsch später am dem Festmahle auch noch der deutsche Reichszugler mit seiner Anwesenheit. Der erstere meinte dem Sinne nach in seiner Ansprache, die neuen Handelsverträge seien allerdings vorzugsweise dem Bedürfnisse der Landwirtschaft auf den Leib gepaßt, aber Handel und Industrie seien in Deutschland ja so geschickt, daß sie sich den neuen Verhältnissen schon anpassen würden. Fürst Bülow bekannte seine Liebe zur Landwirtschaft, dem Sorgenkinde der Regierung. Ebrlich führte er dann aus: Einer meiner eiprotollen Mitarbeiter, der heute morgen Ihre Ver-

bau der Gewerbeinspektion ein. Hoffentlich lassen diejenigen Regierungen, welche sich zur Einführung der weiblichen Gewerbeaufsicht noch nicht entschließen konnten, nicht mehr lange auf sich warten.

Die Kaufmannsgerichte und die Frauen. Im Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine berichtet Johanna Wäscher-Kassel über ihre Beobachtungen bei den Verhandlungen des Kaufmannsgerichts in sehr eingehender Art. Besonders interessant erscheinen ihre Darlegungen über das Auftreten von klagenden weiblichen Angestellten vor dem Gerichte. Wie bekannt, sind diese vom Wahlrecht und der Wählbarkeit ausgeschlossen.

Diese an sich überaus betrübende Tatsache darf aber ihr Interesse an den Kaufmannsgerichten nicht erlahmen lassen. Im Gegenteil, die Frauen müssen die Arbeit dieser Gerichte mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und danach trachten, den großen Schäden nach Möglichkeit zu begegnen, die den Frauen durch diese unerbittliche Zurücksetzung erwachsen sind. Die Vorhände und — soweit es möglich ist — auch die Mitglieder der kaufmännischen Vereine für weibliche Angehörige, wie die in den Rechtschlußstellen arbeitenden Frauen sollten es sich zunächst zur Pflicht machen, an den Verhandlungen der Kaufmannsgerichte immer dann teilzunehmen, wenn es sich um weibliche Personen handelt, gleichviel ob diese als Kläger oder als Beklagte dabei in Betracht kommen. Es können interessante und lehrreiche Beobachtungen dabei angestellt werden, die der Arbeit der Gerichte sehr förderlich werden würden.

Nach den Erfahrungen, die Schriftberin dieses gelegentlich ihrer regelmäßigen Anwesenheit in den Sitzungen des Kaufmannsgerichts in Kassel machte, läßt sich aus den zur Verhandlung gekommenen Fällen zusammenfassend folgendes feststellen: Sämtliche weiblichen Personen schienen sich nicht durch ihre isolierte Stellung, die sie als Frauen der anderen freitretenden Partei und dem Richterkollegium gegenüber einnahmen. Sie sagten lange nicht alles, was sie zu ihren Gunsten erwähnen konnten, gaben oft nach, nur um das Ende der peinlichen Situation herbeizuführen. Wenn jemals ein Zweifel darüber hätte bestehen können, ob es wirklich notwendig ist, daß auch weibliche Personen unter den Beisitzern sein müßten, so wäre er schon allein, ganz abgesehen von anderen Gründen, durch diese Tatsache widerlegt. Ferner zeigte sich bei den Beklagten wie bei den Klägerinnen eine höchst bedauerliche Unkenntnis der Gesetze, wenn sie in die Lage kamen, das Wort in Anspruch zu nehmen.

Zum Schluß ihrer Betrachtungen gibt die Verfasserin folgende Ratschläge: Aufklärung über die Notwendigkeit des Anschlusses aller kaufmännischen weiblichen Angestellten an die Berufsorganisation, die Einführung von Handelsinspektorinnen zur Verhütung von Umgehungen der Gesetze, sowie die Stellung von Vertretern vor den Kaufmannsgerichten, damit ihre Sachen mit Nachdruck vertreten werden können.

Diese Forderungen erhebt der Verein der Deutschen Kaufleute schon seit Jahren für die männlichen wie für die weiblichen Angestellten. Auch sind diese Bestrebungen von den Deutschen Gewerbevereinen stets energisch unterstützt worden. Der außerordentliche Delegiertentag des Vereins der Deutschen Kaufleute, der Otrn 2. d. J. in Berlin tagt, wird sich ebenfalls mit der Frage der Organisation der weiblichen Angestellten befassen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Danzig.

Unserem Ortsverband, dem am Schluß des Jahres 8 Ortsvereine mit 708 Mitgliedern angehören, erlebte seine Geschäfte in 11 ordentlichen, 2 kombinierten und 3 außerordentlichen Ausschüssen. Auch wurden 4 Mitgliederversammlungen abgehalten, die gegen das Jahr 1904 besser besucht waren. Wenn ich in meinem vorjährigen Bericht die Hoffnung aussprach, daß sich unsere Mitgliederzahl mehren würde, so ist diese doch leider nicht in Erfüllung gegangen, denn das verfloßene Jahr ist für unsere Ortsvereine ein Jahr der Krise gewesen. Infolge der Beitragserhöhung in den einzelnen Gewerbevereinen löste sich der hiesige D. B. der Fabrik- und Handarbeiter auf, auch die Ortsvereine der Schuhmacher und Lederarbeiter, sowie der Maschinenbau- und Metallarbeiter gingen wegen der Beitragserhöhungen mit ihrer Mitgliederzahl zurück. Letzterer hat aber am Schluß des Jahres seinen Beruf wieder eingeholt, denn es sind eine ganze Anzahl von der Notwendigkeit der Organisation durchdrungene Kollegen als Mitglieder eingetreten und ich verspreche mir in diesem Jahr einen großen Aufschwung dieses Vereins. Leider ist auch mein Wunsch, daß unsere Mitglieder sich dem von unserem Ortsverband gegründeten Konsumverein anschließen möchten nicht in Erfüllung gegangen, sondern der größte Teil unserer Genossen hat zum Jahreschluß gekündigt. Den sogenannten „freien Gewerkschaften“, die inzwischen die Majorität im Konsumverein erreicht haben, war der Kampf gegen uns wichtiger als das Weiterbestehen der Genossenschaft. Denn, anstatt in den Aufsichtsratsitzungen sowie Generalversammlungen die wirtschaftlichen Interessen des Vereins zu beraten, wurde fast immer ein Kampf gegen uns in Szene gesetzt. Wenn nun auch nach außen keine Erfolge zu verzeichnen waren, so ist dieses doch nach innen geschehen.

Wir haben mit einem hiesigen Kohlenhändler einen Vertrag abgeschlossen, durch den unsere Mitglieder die Kohlen bedeutend billiger kaufen können als zu den hiesigen Tagespreisen, es ist davon auch ein reger Gebrauch von unseren Mitgliedern gemacht worden. Die Versammlungen hatten sich auch eines besseren Besuches zu erfreuen wie es bisher der Fall gewesen ist. In der Mitgliederversammlung am 25. April hielt unser Kollege Krüger einen Vortrag über die Aufgaben des Ortsverbandes, der akzeptierte Zustimmung fand. Unser Stützpunkt feierten wir am 9. September, auch dieses war gut besucht. Am 14. September sprach unser Kollege Klawon-Berlin in einer sehr gut besuchten öffentlichen Gewerbevereinsversammlung über Zeit- und Streikfragen in der Arbeiterbewegung. Dieser Vortrag hatte wesentlich zur Förderung unserer Organisation beigetragen. Am 14. De-

zember gründeten wir einen Diskussionsklub für unsere Gewerbevereinsmitglieder; ich hoffe, daß auch dieser zur Ausbreitung unserer Sache beitragen wird. Unsere hier bestehende freie Bergspitzung besuchten 13 durchreisende Kollegen. Reisende Kollegen werden darauf merksam gemacht, die Karten hierzu sind vom Kollegen Kammerer, Fischmarkt 10, in Empfang zu nehmen.

Mit dem Wunsche, daß ein jedes Mitglied seine Pflicht an seiner Stelle tun möge, dann werden wir auch vorwärts kommen, schließe ich meinen Bericht.

Reinhold Riß, Schriftführer.

Ortsverband Düren.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 6 Versammlungen, 6 Verhandlungen, einer kombinierten Ausschusssitzung und einer öffentlichen Versammlung. Zu Anfang des Jahres wurde vom Ortsverband der Versuch gemacht, einen D. B. der Schreiner ins Leben zu rufen, was aber durch eine bedauerliche Hinterlistigkeit der Christlichen vereitelt wurde. An Streiks waren wir zweimal beteiligt. Der erste bei der Firma Petri-Dreuz, an welchem vorwiegend die Gewerbevereine beteiligt waren, wurde zugunsten der Arbeiter durchgeführt. Der zweite Streik auf den Dürener Metallwerken, welcher hauptsächlich von den Christlichen geführt wurde, ging durch die tatlose Handlungsweise des Christlichen Herrn Wernerus-Nachen verloren. Zu Ende des Jahres hatten wir die Gewerbevereinswahlen, an welchen wir uns selbstständig beteiligten. Obwohl wir, was auch vorher zu sehen war, keinen Kandidaten durchgebracht haben, so können wir doch mit dem Resultat zufrieden sein. Zum Schluß möchten wir noch dem Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter herzlich empfehlen, sich dem Ortsverband Düren anzuschließen zum Wohle der Allgemeinheit und mit frohem Mut in das neue Jahr eintreten und kraftvoll und energisch wirken und stets an den Wahlprüfstein halten: „Vereint, sind auch die Schwachen stark!“

J. A. Kaspar Koll, Schriftführer.

Ortsverband München.

Unsere erste Versammlung fand am 9. Januar statt und wurde in derselben der Vorstand gewählt. Am 25. Februar hielt der Vorsitzende im D. B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter einen Vortrag über die Bestrebungen der Deutschen Gewerbevereine, am 11. März denselben Vortrag bei den Matern. Am 17. März wurde in der Ausschusssitzung die Beziehung angeknüpft zum Volkshochschulverein, ebenso zum Volksbildungsverein und dem Komitee für Volkshochschulwesen. Am 27. März war Ortsverbandversammlung. Am 1. April erfolgte eine Besprechung mit dem Referenten des Magistrats über die Frage einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Am 4., 11. und 18. April wurde weiter verhandelt über die Arbeitslosenversicherung, ferner über die Reichs-Krankenversicherung und über die Münchener Diszidentenliste. Am 29. April gelang es, einen D. B. der Frauen und Mädchen zu gründen, der aber inzwischen wieder zerfallen ist. Am 30. April wurden Unterhandlungen angeknüpft mit den ärztlichen Bezirksvereinen betreffend die freie Arztwahl und wegen Abschluß eines Vertrages. Es wurde berichtet über den Delegiertentag des Ausbreitungsverbandes in Eibach. Am 2., 9., 16., 23. und 30. Mai wurde verhandelt zunächst wieder über den Eibacher Delegiertentag, sodann über Politik und Gewerbevereine, politische Arbeitervereine und Gewerbevereinswahlen. Am 12. Mai wurde mit Herrn Dr. jur. Prager ein Abkommen getroffen bezüglich von Rechtsauskünften an die Verbandsmitglieder. Am 17. Mai folgte die Besprechung über Errichtung eines Gutachterkollegiums für Unfallsachen durch den ärztlichen Bezirksverein. Am Himmelfahrtstage fand ein Gartenfest statt. In der Versammlung am 20. Juni wurde mit dem Verein für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse Beratung gepflogen und Stellung genommen zur Generalversammlung des Vereins für volkstümliche Kunstpflege. Am 12., 13., 22. und 27. Juli fanden Besprechungen statt mit dem Sanitätsverband betreffend den Besuch des Museums für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen und mit dem Kollegen Blicher-Kuglsburg über Subkate und Arbeiterorganisationen und über die Verbreitung von Volksbildung in Südbayern. Am 16. August und am 17. September fanden Familienunterhaltungen in Gartenanlagen statt. Am 18. August war das Sommerfest. Am 19. August wurde über die Gewerbevereinswahl verhandelt und am 23. September in eine lebhafteste Agitation eingetreten. Am 28. Oktober und am 3. Dezember beschäftigten sich die Versammlungen ebenfalls mit der Gewerbevereinswahl. Am 10. Dezember sprach Kollege Keger-Kuglsburg in öffentlicher Versammlung über dasselbe Thema. Am 17. Dezember war die Wahl, bei der wir unterlegen sind, weil die Mitglieder sich nicht in genügender Weise an der Wahl beteiligten. Wir haben sehr zu leiden gehabt unter dem Terrorismus der freien Gewerkschaften (welche sein wollen Anhänger der Partei für Kultur und Zivilisation). Darüber wird noch an anderer Stelle gesprochen werden. Auch die „Christlichen“ haben wiederholt vergessen, daß auch sie gleiches Recht für alle fordern, es aber uns gegenüber nicht gelten lassen.

Alexander Diening.

Gewerbevereins-Zeil.

Wachen. Seitens der geistlichen Leiter der katholischen Arbeitervereine ist in hiesiger Gegend der Beschluß gefaßt worden, die Christlichen Gewerbevereine aus den katholischen Arbeitervereinen auszuschließen. Aus dieser Veranlassung hatte der Ortsverband eine öffentliche Verbandsversammlung nach Brand einberufen, mit der Tagesordnung: „Sind die Deutschen Gewerbevereine religionsfeindlich?“ Referent: Herr Gleichauf-Berlin. Gleich bei Eröffnung der Versammlung wurde von christlicher Seite ein Antrag auf Stellung eines Rednerischen-Kontrollens gestellt, welchem Antrage von unserer Seite nicht stattgegeben wurde, weil sich dieses Mittrauen selbstverständlich nicht rechtfertigte. Der Referent führte aus, welches Interesse die Arbeiter an den Handelsvereinen und Fordererhöhungen habe. Die Großindustrie bilde Synkrate und Kartelle, durch welche sie die Preise ihrer Produkte vorzürbe. Die Arbeiter seien hierdurch noch mehr gezwungen, für die Befreiung ihrer Lage einzutreten. Während die Unternehmer von ganz Deutschland zusammenstehen, seien die Arbeiter in verschiedenen Organisationen getrennt und bekämpften sich gegenseitig zum Schaden der Unternehmer. Statt daß die Organisationen sich gegenseitig

„Achten, würde durch diese Bekämpfung auch noch die Sympathie der öffentlichen Meinung zugrunde gerichtet, und gerade diese Sympathie sei eine große Macht, wie sich bei Gelegenheit des Bergarbeiterstreiks gezeigt habe. Sehr zu bedauern sei es, daß jetzt auch noch von Seiten der Geschäftlichkeit auf die Organisationen eingewirkt werde, indem sie durch den Beschluß, die Gewerksamer von den katholischen Arbeitervereinen auszuscheiden, dieselben zu katholischen zweiter Klasse zu stampeln versuchten. Die Religion ist eine zu hohe Frage, um mit der Wirtschaftspolitik vermischt zu werden. Die katholischen Missionen in Afrika und Asien würden durch große Opfer an Geld und Leben unterhalten, um die Heiden zu Katholiken zu machen, in Deutschland würden die katholischen Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation vor den Kopf gestoßen. In den 88 Jahren des Bestehens der Christ- und Sozialvereine seien 3 oder 4 Artikel in den Gewerksvereinsorganen erschienen, welche vielleicht bei besonders empfänglichen Gemütern etwas Anstoß in religiöser Beziehung erregen konnten, deshalb sei aber noch lange nicht der Vorwurf der Religionsfeindschaft berechtigt. Referent selbst sei 24 Jahre Gewerksamitglied und 14 Jahre im katholischen Arbeiterverein in Mannheim tätig gewesen, was sich sehr gut miteinander vertrage habe. Es würde den Christ- und Sozialvereinen der Vorwurf gemacht, daß sie bei Gewerksamitgliedern und Krankenbesuchen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften vielfach zusammengingen. Das machen die Christlichen ebenso, selbst das Zentrum sei in Bayern bei den Krankenbesuchen mit der Sozialdemokratie zusammengegangen. Ja, Bauer, das ist etwas anderes! In der Zeit des Bestehens der Gewerksvereine seien diese ununterbrochen von der sozialdemokratischen Richtung bekämpft worden. Die Arbeiter mögen doch bald einmal zuhören lernen, daß politische und religiöse Fragen nicht in die Organisationsfrage der Arbeiter hineingehören, dann würde für sie mehr Erfolgreiches erreicht werden, und könnten dann dem leicht zu erzielenden Verdienst für bessere Lebenshaltung anlegen Gerade bei heruntergekommenen und hungernden Menschen sei der Stumpfsinn in religiöser Beziehung am meisten vorhanden. Reicher Befehl lohnte den Arbeiter für seine irdischen Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich Christliche und Gewerksamer, durch welche noch manche gegenseitige Aufklärung gemacht wurde. Ein christlicher Arbeiter wünschte ein gutes Einvernehmen mit den Gewerksvereinen zu ermöglichen und daß die Gewerksvereine sich auch an dem nächsten Arbeiterkongress beteiligen möchten. Bezirksbeamter Hartmann war erfreut, solche Worte aus dem Munde eines christlichen Führers zu hören, und betonte, daß dieses Zusammengehen von den Gewerksvereinen immer erstrebt worden sei. Er hofft, daß die heutige Versammlung ihr Einverständnis nochmals für dieses Zusammengehen zu erkennen gebe. Zum Schluß der schon verlaufenen Versammlung wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Referenten erklärt und gegen den Beschluß, auf Anschluß an den katholischen Arbeitervereine protestiert und zum Ausdruck bringt, ein näheres Zusammengehen mit den christlichen Organisationen zu erstreben. Hierauf wurde die anregend verlaufene Versammlung gegen 10 1/2 Uhr vom Vorstehenden geschlossen. Hossentlich wird diese Versammlung viel zur Aufklärung und Befestigung mancher Vorurteile über die Gewerksvereine beitragen haben. **Z. L. Kaufmann**, Verbandssekretär.

§ Konferenzsaal. Im Verein der Deutschen Handlungs-Geschäftlichen — Christ- und Sozialvereine — sprach am Mittwoch, 7. Februar, im Vereinslokale „Winer Café“, Herr Richard Lebtin vom Verein der Deutschen Kaufleute über: „Die Rechte und Pflichten der Handlungs-Geschäftlichen“. Der Referent erklärte an der Hand des sechsten Abschnittes des Handels-Gesetzbuches, was Handlungs-Geschäftlich im Sinne des § 59 des H.-G.-B. ist und betonte, daß der Arbeitgeber überhaupt keinen Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Handlungs-Geschäftlichen mache. Sodann liess Lebtin die einzelnen Paragraphen Revue passieren und empfahl ganz besonders den § 62, der von den Fürsorge-Pflichten des Prinzipals betr. die Gesundheits- und Aufrechterhaltung der guten Sitten handelt. Zu § 63 wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß kein Arbeitgeber durch Vertrag auf das Gehalt in Krankheitsfällen Bericht leisten und sich auch nur, wie gesetzlich vorgeschrieben, den Arzt seines Vertrauens nehmen lassen solle. Nachdem noch zu § 64 erwähnt wurde, daß, entgegen vielfachen Gerüchten, jeder Arbeitgeber sein Gehalt am letzten jeden Monats zu beanspruchen habe, wurden die Abkündigungskrisen (§§ 66—69), Gründe für sofortige Entlassung (§§ 70—72), Zeugnisabfertigung (§ 73), Konkurrenzklause (§§ 74—75) einer eingehenden Würdigung unterzogen und ganz besonders bei letzterer, wie überhaupt bei Abschließung besonderer Verträge, geraten, den Rechtsanwalt zu Rate zu ziehen, so weit man nicht selbst genau unterrichtet ist. Hieran schloß sich eine lebhaft diskutierte, was als bester Beweis anzusehen ist, daß auch die Handlungs-Geschäftlichen ihren Berufsfragen Aufmerksamkeit schenken. X.

Verbands-Zeil.

Quittung über eingezahlte Beiträge für die Verbands- und Organisations-Verrechnung für den Januar 1906.

Verbandsmitglieder: Generalrat 385,36. **Fabrik- und Handarbeiter:** Generalrat 2258,47, Götzen 0,70. **Kaufleute:** Berlin II 0,85, Mariendorf 0,45. **Renditevereine:** Berlin II 1,40, Ratibor 0,70. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Altendurg 2,10, Baugen 0,70, Belgard 0,70, Berlin I 7,00, Berlin IV 3,50, Berlin V 0,85, Berlin X 0,40, Bernsdorf 0,85, Biberach 0,85, Budau 0,70, Bunjala 1,00, Chemnitz 1,40, Cottin 1,75, Dresden I 0,70, Duisburg II 1,75, Dessau 1,10, Enslau 3,50, Fürstentum 1,05, Leipzig I 0,70, Leipzig II 2,45, Linden 4,55, Pirmontau 0,85, Radeberg 1,75, Sebnitz 0,70, Warmbrunn 0,70. **Stahlarbeiter:** Generalrat 566,60, Hirschwald 2,10, Großenhain 0,85. **Eisenarbeiter:** Augsburg 2,80, Berlin 0,85, Breslau II 0,85, Glogau 1,05, Halle 0,85, Jena 0,85, Lindenau 0,85, Schöneberg 1,05, Striegau 1,00, Spandau 1,75, Themar 0,85, Verbit 1,05. **Metzgermeister:** Danzig 6,70. **Verarbeit. Dorn-Rirnberg 3,00, Schloßarbeiter:** Berlin 3,00, Quasthoff-Mainz 3,00, Dabrud-Rirborf 0,75. **Metallarbeiter-Verband Stuttgart 0,40, Landgemeinde Dueselburg 2,80, Hirschwald-Breslau 3,00, Leingert-Effen 6,00. Gesamtsumme: Mfr. 3620,27. **Verarbeit. Fabrik- und Handarbeiter:** Riddingen 1,40, Weidenische Bergbauanstalt 7,20, Ortsverband Baugen 3,30. **Gesamtsumme: Mfr. 11,90.**
Berlin, im Februar 1906.**

R. Klein, Verbandssekretär.

Frauen-Beirätungskasse des Verbandes. Quittung über eingezahlte Beiträge für den Monat Januar 1906.

Bauhandwerker: Berlin Wt. 1,17, Burg 2,60, Königsberg 4,55, Steipig 3,25, Werseburg 1,16, Bismarck 4,16, Poien 39,61, Ullm 5,85. **Bildhauer:** Breslau 18,04, Radeberg 8,78. **Hilfsarbeiter:** Jagen 8,25, Posen 8,71. **Fabrik- und Handarbeiter:** Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Graudenz 18,98, Kanandorf 1,82, Penia 16,39, Frau Müller 1,17. **Kaufleute:** Berlin II 18,38, Frau Müller 2,08, Frau Brändle 4,77, Frau Müller 4,68. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Mitterleben 6,24, Berlin V 15,92, Biederach 1,26, Geißlingen 5,85, Göttingen 12,09, Vuhwigburg 1,17, Radeburg 5,07, Dsmell 3,77, Rathenow 15,24, Rirborf 22,28, Worms 0,78, Frau Schreiber 3,96. **Lithographen:** Mitterhof 0,72, Berlin I 11,98, Berlin II 3,29, Chemnitz 6,76, Demmin 3,08, Ebersfeld 11,49, Gera 4,84, Halle 19,24, Raumburg 4,68, Worms 3,25, Zittau 14,50, Zittau 6,67. **Vergeltungsarbeiter:** Annaburg 2,21, Althaldensleben 30,81, Plantenbahn 1,59, Rirfingberg 6,11, Großbreitenbach 0,78, Güttenkeimach 1,96, Wolfendorf 8,51, Neuhaldensleben 2,47, Oberhausen 4,30, Rudolfsbad 12,18, Sorau, Seitenhof 7,02, Sophienau-Charlottenbrunn 8,12, Seib 7,28, Zierenfur 8,51, Waldenburg 14,14, Frau Kolobol 1,15, Frau Weibig 1,17, Frau Neumann 4,68, Frau Kahl 2,84, Frau Bache 2,84, Frau Schramm 8,12, Frau Eger 1,04, Frau Ober 2,84, Frau Ahne 8,12, Frau Reichelt 8,12, Frau Weig 2,10. **Schiffszimmerer:** Bredow 7,02, Greifswald 1,48. **Schneider:** Berlin II 5,90, Berlin III 2,85, Breslau I 19,28, Breslau II 6,59, Danzig 4,81, Dresden 4,09, Eberbach 6,35, Ebersfeld 3,88, Greifswald 4,94, Weibig 10,59, Jena 5,33, Königsberg 10,40, Leipzig 1,04, Weitz 4,04, Weitzburg 3,12, Raumburg 3,78, Dirschleben 3,90, Bismarck 0,78, Potsdam 18,49, Dueselburg 6,72, Rathenow 8,98, Stolp 2,08, Worms 0,98, Frau Dietz 4,70, Frau Hermann 0,78, Frau Heise 3,12. **Schuhmacher:** Baugen 6,80, Berlin I 14,24, Berlin NO. 6,48, Berlin SO. 7,86, Bromberg 15,84, Danzig 4,81, Erfurt 4,28, Frankfurt 39,48, Frau Kahl 5,85, Gießen 6,21, Graudenz 7,02, Greifswald 6,82, Halle 25,54, Halberstadt 10,78, Herzberg 2,80, Radeburg 20,02, Königsberg 3,12, Kunzendorf 2,99, St. Lazarus 5,33, Mainz 1,62, Raumburg 2,21, Posen 28,99, Potsdam 11,59, Peitz 2,85, Pledersheim 3,90, Roßwein 54,72, Saarn 4,03, Stargard 1,62, Stettin 4,68, Ullm 8,26, Weitzburg 106,88, Worms 13,83, Zerbst 4,16, Frau Kranz 2,08, Frau Ziesle 1,56, Frau Ziesle 1,56. **Stahlarbeiter:** Apolda 15,55, Bitterfeld 4,16, Chemnitz 18,44, Duisburg 1,95, Erlangen 9,36, Hirschwald 1,07, Großenhain 4,81, Ouden 4,64, Helmbrödt 52,44, Penig 8,71, Sagan 14,16, Sommerfeld 8,32, Stadtilsa 5,46, Tannhausen 7,54, Frau Gräber 1,56. **Löhner:** Bitterfeld 28,95, Duisburg 1,04, Eibing 1,56, Graudenz 21,12, Jägerhof 3,22, Rathenow 49,66, Belten 1,69, Frau Köhl 1,23. **Gesamtsumme: Mfr. 1244,16.**
Berlin, den 17. Februar 1906.
R. Klein, Hauptkassierer. G. Flason, Kassierkontrollant.

* Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Protokoll der Sitzung vom 11. Februar 1906; abgehalten im Lokal Engelle, Stettin, Schifferstr. 9. Unentschuldig fehlen die Kollegen Dietrich und Hesse. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8 Uhr abends. Schreiben von den Ortsvereinen der Köpfer und Ziegler-Jägerhof und Kaufleute Stettin I werden zur Kenntnis genommen. Der Schriftführer erstattet Bericht über den Besuch des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Posenall. Der Erfolg dieser Reise ist ein guter, eine ganze Reihe von Kollegen liegen sich in unsern Verband aufnehmen. Ein Bericht des Kollegen Hesse-Bromberg wird zur Kenntnis genommen. Beschlüssen wird, den Kollegen Wroclawski zu der Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau-Verband Bromberg zu senden. Betreffs Teilnahme an der Konferenz Leipzig liegt ein ausführlicher Bericht seitens des sächsischen Ausbreitungsverbandes vor. Nach einer eingehenden Diskussion, an dem sich sämtliche Anwesende wiederholt beteiligen, wird auf Antrag des Kollegen Galties beschlossen, diese Angelegenheit den auswärtigen Vorstandsmitgliedern zur Beratung und Abstimmung zu unterbreiten; im Falle einer zusagehenden Antwort sollen die Kollegen Frau Kahlentamp und Piesker zur Vertretung in Vorschlag gebracht werden. In der nächsten Sitzung soll nochmals eingehender über diese Angelegenheit beraten werden. Bezüglich Versammlungsbesuche wird beschlossen, den Kollegen Kahlentamp zu der Versammlung der Maschinenbau-Verband Zülchow zu entsenden. Nach einigen intimen geschäftlichen und Agitationsangelegenheiten folgt Schluß der Sitzung um 10 1/2 Uhr abends. Nächste Sitzung am Mittwoch, 21. Febr. abends 8 1/2 Uhr, bei Engelle. R. Piesker, Schriftführer.

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).

Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandslokal der Deutschen Gewerksvereine, NO, Greifswaldstr. 221/222. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 24. Februar. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Ackerstr. 6—7. L.-D.: Vortrag von Hl. Hedeler. Reorganisationen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Bruchstr. 36 a. Monatsbericht. Vortrag des Herrn Lehrer Wolf: Rebilder aus der Schweiz und Italien. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Herrn Schubert, Stettinstraße 50. Besprechung über „Regulator“-Verband an die Vertrauensleute. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr, Stalgenstr. 82/83. Vortrag des Herrn E. Lewin: Stellungnahme zu unseren Zeitungen. — **Graph. Verarbeit. und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Ref. „Bismarckstr.“, Neue Grünstr. 28. Verschiedenes. Geschäftliches. — **Sonabend, 25. Februar.** — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Soim. 9 1/2 Uhr, Berl. bei Gohlke, Bismarckstr. 22. Vortrag: Die Stellung der Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Soim. 9 Uhr, Zittauerstr. 41. L.-D. dort. — **Donnerstag, 1. März. Graph. Verarbeit. II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung, Johanniskirch 3. **Friedrichshagen. Maschinenbau- u. Metallarbeiter.** Sonabend, 24. Februar, ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Pfennigsdorf, Samariterstr. 7, Gde. Rigaerstr. 1. Wahl eines Kassiers. 2. Berichtungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — **Gera, Neuz. Graphische Verarbeit. und Maler.**

Ab. 8 1/2 Uhr. Versammlung im „Buraler“. — Magdeburg. Graph. Klerke und Waler. Ab. 8 1/2 Uhr. Versammlung im Lokal bei Rubin, Kottelb. Nr. 10.

Orts- und Wettstabsvereine.

Stettin (Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Frau Dr. Stettin, Vulkanstr. 22. (Gäste stets willkommen.) — **Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin)**. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Zelle, Stettin, Neustra. Nr. 2, Diskussionsabend. Gäste stets willkommen. — **Herne** (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn W. H. Schulte-Mattler, Diskussionsabend. — **Mülheim-Nahe** (Ortsverband). Sonntag, 25. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, Vertreterversammlung mit komb. Ausschuss-Sitzung der Ausschüsse der einzelnen Ortsvereine. Wegen Wählbarkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. — **Gelsenkirchen** (Ortsverband). Sonntag, 4. März, nachm. 4 Uhr, Verbandssitzung bei Reitelstr. 4, Wilhelmstr. — **Hannover u. Umgegend** (Ortsverband). Sonntag, 4. März, nachm. 4 Uhr, Verbandssitzung im Geschäftszimmer des Arbeiter-Vereins. Vortrag des Genossen Lange über: Handelsverträge.

Wanderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Weißer (Orts- u. Stuhl-Zerfall-Arbeiter). Johann Andree, Borfingber, Bismarckstr. 13.

Literatur.

Le Traducteur (14. Jahrg.) und **The Translator** (3. Jahrg.) Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen und deutschen Sprache. Bezugspreis je Nr. 2.50 halbjährlich. Probenummern kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ oder des „Translator“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Wer sich auf angenehme Weise in der einen oder andern der oben genannten Sprachen vervollkommen will, dem empfehlen wir ein Abonnement auf diese praktischen Zeitschriften, deren Vorzüge sind: Zweckmäßige Anordnung, Vielseitigkeit des Stoffes, gediegene Uebersetzungen und Anmerkungen und führen den Lernenden in einfacher Weise in die eigentlichen Redemethoden der fremden Sprachen ein. Außerdem wird den Lesern Gelegenheit geboten, mit Franzosen oder Engländern in Briefwechsel zu treten.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Bfg.
Verbandsprotokoll von Hannover. Preis 50 Bfg.
Leitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Bfg.
Begleitheft zur Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Bfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Bfg.
Tragbüchlein zum Invalidenversicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Bfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x230 mm. Preis 50 Bfg.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Schrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. G. J. Kuch. Preis 80 Bfg.
Thätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis.
Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter-Peclin und E. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Promberg. Gratis.
Larifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und J. D. Käfer-Nürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitstag, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkschaften von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Bfg.
Die Deutschen Gewerkschaften, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis.
Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Bfg.
 Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinstbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
 Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassier Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Orfischwalderstr. 221/23.
Das Bureau des Centralrats.
 Rudolf Klein.

Nur acht Tage gültig Umsonst

erhält jeder, dem unsere Ware bisher noch nicht bekannt ist 1 Probe-Stück
prima Nickel-Uhrkette No. 630
 (wie Zeichnung) zur Ueberzeugung



der Qualität unserer Ware, wie Mark 1.50 für Porto u. Verpackung einsendet. Reeller Wert mehr wie doppelt. Als Probe versenden wir jedoch nur ein Stück. Haupt-Katalog enthält grosse Auswahl in Herren-, Damen-Uhr- und Halsketten, Broochen, Ringen, Taschenuhren, Regulateure, Wecker, Portemonnaies, Pfeifen, Spasierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuss- u. Stichwaffen, Wagen, Sensen, Reben- oder Gartenschere, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-, Gemäse-, Hack- und Wiegemeser, Taschenmesser, Esdlermesser, Tafelmesser und Gas-ein. Damen-, Haar- und Schneidmesser, Haarnaschen, Rasier- und Christbaumsmuck etc. versenden wir gratis und franko ohne Kaufzwang.

Versandhaus Gebrüder Bell, Gräfrath b. Solingen Stahlwarenfabr. Gebrüder 1874.

Heimarbeit-Ausstellung.

In Gemeinschaft mit dem Verein für Sozialpolitik veranstalten die Gewerkschaften, Hirsch-Dunder'schen und Christlichen Gewerkschaften in der alten Kunst-Akademie, Unter den Linden 38, von Mitte Januar bis Ende Februar eine

Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit.

Für alle Gewerkschaften, wie überhaupt für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ist der Eintritt kostenfrei! Alle übrigen Besucher bezahlen ein Eintrittsgeld von 25 Pfennig. Die Ausstellung ist von 10 morgens bis 9 Uhr abends, auch Sonntags, geöffnet. Schluß am 25. Februar. Wir fordern unsere Verbandsgenosseninnen und -Genossen von Berlin und Umgegend auf, die Ausstellung zu besuchen und gründlich zu studieren. Für den Eintritt legitimiert das Mitgliedsbuch.

Das Bureau des Centralrats.

Centralrat der Deutschen Gewerkschaften.

Mittwoch, 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale unseres Verbandshauses, Orfischwalderstr. 221/23,
IV. Volkswirtschaftlicher Abend.
 Vortrag des Herrn Rud. Lerch über
Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte.
 Unsere Verbandsgenossen und -Genossinnen von Berlin und Umgegend werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Das Bureau des Centralrats.

Künstlerische Ausführung.
 — Billigste Preise —
Vereinsfähnen
 Chärpes, Fahnenbänder, Vereinsabzeichen, etc.
 Carl Neff's Fahnenfabrik, Kunststickerel, Biberach (Würtb.) Waldenstr. 16.

Patentbureau

Paul Hayes, Ingenieur
 Halle a. S.
 Patentanmeldung einschl. Prätungsgebühr M. 65.
 Gebrauchsmusteranmeldung einschl. 8 jähriger Gebühr M. 80.
 Verwertung guter Schutzrechte wird mit Erfolg durchgeführt.
Magdeburg. Die Unterstützung des Orts-Verbands Magdeburg an durchreisende Gewerkschaftler ist nun beim Gen.-Ver. Beamten Herrn G. Weider, Bentingerstr. D 128 I (Café Kröhner).

Leipzig. Durchreisende Kollegen erhalten ein Dankschreiben von 25 Bfg. im Restaurant „Sophienburg“ Leipzig-Bismarck, Köpckeplatz.
 Firma (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Bfg. Unterstützung bei A. Zille, Baldftr. 6.